

Inhalt

Einführung

Jörg Ganzenmüller

**Diktaturerfahrung und Populismus in Spanien, Portugal und Griechenland.
Ein Vergleich und eine ostmitteleuropäische Perspektive** 11

Adam Krzemiński

**Das Ende der Hoffnung Europa? Populismus und Nationalismus
in postdiktatorischen Gesellschaften** 25

Südeuropäische Diktaturen nach 1945: Ideologie, Herrschaft, Gewalt

Carlos Collado Seidel

Ideologie, Herrschaft und Gewalt in Spanien unter Franco 45

Christiane Abele

**Einfach nur Dr. Salazar, Ministerpräsident.
Das Salazar-Regime in Portugal** 69

Janis Nalbadidacis

**Geburtshelfer der Demokratie.
Die Militärdiktatur in Griechenland, 1967–1974** 91

Europa als Perspektive: Das Ende der Diktaturen und die Systemtransformation

Ulrike Capdepón

**Spaniens Übergang zur Demokratie und Westintegration.
Von der ausbleibenden Auseinandersetzung mit der Franco-Diktatur
zur Abkehr vom Transitionskonsens** 113

Antonio Muñoz Sánchez

Die Nelkenrevolution in Portugal 1974–1975 131

Adamantios Theodor Skordos
Das späte Ende des Bürgerkrieges. Die Diktatur der Obristen und deren Überwindung als politische Zäsur in der griechischen Geschichte des 20. Jahrhunderts 155

Nationales Erinnern und europäisches Vergessen?

Xosé M. Núñez Seixas
Schweigen oder erinnern? Die unterbliebene Auseinandersetzung mit der Franco-Diktatur in Spanien 181

Teresa Pinheiro
Die Erinnerung an den *Estado Novo* im demokratischen Portugal 203

Janis Nalbadidacis
Im Schatten der ›Generation Polytechnio‹. Erinnerungen der ›Generation Z‹ an die Militärdiktatur 227

Dokumentation der Abschlussdiskussion des 15. Internationalen Symposiums

Europa – eine verlorene Hoffnung? Süd- und ostmitteleuropäische Perspektiven im Vergleich 253

Autorinnen und Autoren 279

Abbildungsverzeichnis 285

Personenregister 286

Jörg Ganzenmüller

Diktaturerfahrung und Populismus in Spanien, Portugal und Griechenland

Ein Vergleich und eine ostmitteleuropäische Perspektive

Europa war in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein gemeinsamer Fluchtpunkt postdiktatorischer Gesellschaften. Die deutsch-französische Aussöhnung und in deren Folge die Europäische Gemeinschaft galten als Garant für Frieden und Demokratie im westlichen Europa nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Erfolg der europäischen Integration entwickelte eine besondere Strahlkraft auf postdiktatorische Gesellschaften. In den 1970er Jahren strebten Spanien, Portugal und Griechenland einen raschen Beitritt in die EG an, um den Demokratisierungsprozess durch wirtschaftliche Prosperität sowie eine politische, rechtliche und ökonomische Verflechtung mit den europäischen Demokratien zu fördern und abzusichern.

Europa galt nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums auch in den postsozialistischen Gesellschaften als ein Zukunftsversprechen auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Die Staaten Ostmittel- und bald auch Südosteuropas strebten einen Beitritt in die Europäische Union an. Die EU sah wiederum in der Erweiterungspolitik eine Möglichkeit, demokratische und rechtsstaatliche Entwicklungen in postdiktatorischen Gesellschaften zu festigen. Die Erfahrungen in Spanien, Portugal und Griechenland schienen dieser Sichtweise Recht zu geben. Die Osterweiterung stand in den 1990er Jahren deshalb außer Frage, umstritten war vor dem Hintergrund des ökonomischen Erbes des Staatssozialismus allenfalls das Beitrittstempo.¹

1 Siehe MARIANNE KNEUER: Demokratisierung durch die EU. Süd- und Ostmitteleuropa im Vergleich. Wiesbaden 2007.

1. Diktaturvergangenheit und Populismus

Vor der Eurokrise des Jahres 2010 erschien die Osterweiterung der EU als eine Erfolgsgeschichte. Keine zehn Jahre später hat sich die Situation grundlegend geändert: Überall sind europakritische Parteien auf dem Vormarsch, mit Großbritannien verlässt zum ersten Mal ein Land die Europäische Union. Auffällig ist, dass in den postsozialistischen Gesellschaften Ostmitteleuropas vor allem rechtspopulistische Europakritik Gehör findet, im von der Finanzkrise wirtschaftlich stark betroffenen Südeuropa haben hingegen eher linkspopulistische Parteien Zulauf. In Spanien ist »Podemos« mit rund 20 Prozent der Wählerstimmen die drittstärkste Kraft im Parlament, in Griechenland stellt »Syriza« sogar die Regierung. In Ungarn wiederum ist die Partei »Fidesz« (Fiatal Demokraták Szöretsége, dt.: Bund junger Demokraten) seit 2010 alleinige Regierungspartei und hat den Rechtsstaat ausgehöhlt sowie die Öffentlichkeit einer staatlichen Reglementierung unterzogen. In Polen ist der Umbau von Demokratie und Rechtsstaat in ein staatsautoritäres System durch die »PiS« (Prawo i Sprawiedliwość, dt.: Recht und Gerechtigkeit) so weit vorangeschritten, dass die Europäische Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet hat. Rechts- wie Linkspopulisten stellen die europäische Integration in Frage, wenn auch mit unterschiedlichen Argumenten. Rechtspopulisten delegitimieren die supranationale EU von einem nationalistischen Standpunkt aus, Linkspopulisten diskreditieren die Europäische Union als einen Sachwalter von Wirtschaftsinteressen und Erfüllungsgehilfen einer von Deutschland oktroyierten Sparpolitik. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwieweit diese zweifache populistische Herausforderung der europäischen Einigung auch in den unterschiedlichen Diktaturerfahrungen und Formen der Auseinandersetzung mit diktatorischer Vergangenheit begründet ist.

Bislang hat die Forschung Systemtransformationen vor allem im Hinblick auf eine gelungene Demokratisierung vergleichend betrachtet. Claus Offe betont etwa die Demokratisierungshemmnisse in Ostmitteleuropa, die er in einem »Dilemma der Gleichzeitigkeit« sieht: dem parallel zu vollziehenden Übergang von der Parteidiktatur zur Demokratie, von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft, von der sozialistischen Gesetzlichkeit zum Rechtsstaat und mitunter auch von der Teilrepublik zur Eigenstaatlichkeit.² Wolfgang Merkel erkennt hingegen einen Startvorteil für das Ostmitteleuropa der 1990er Jahre gegenüber dem Südeuropa

2 CLAUS OFFE: Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. Demokratisierung und Marktwirtschaft in Osteuropa. In: *Merkur* 45 (1991), S. 279–291.

der 1970er und 1980er Jahre, da dort das Modernisierungsniveau höher und die Staatsbürokratie entwickelter gewesen sei.³ Juan Linz und Alfred Stepan versuchten die Bedingungen für eine gelungene Demokratisierung zu systematisieren und machten fünf Faktoren aus: eine lebendige Zivilgesellschaft, ein politisches Institutionengefüge, die Herrschaft des Rechts, ein funktionierendes Staatswesen und eine Marktwirtschaft. Der Umgang mit der Vergangenheit spielt in diesem Modell zwar keine Rolle, aber Linz und Stepan sprechen dem historischen Erbe der vorangegangenen Diktatur sowie der Systemtransformation eine dynamische Rolle bei der Demokratisierung zu, die von Fall zu Fall zu bestimmen sei.⁴

Die historischen Pfadabhängigkeiten der Transformationsprozesse sind wiederum Gegenstand geschichtswissenschaftlicher Forschung. Europa wird hier als eine Zusammensetzung unterschiedlicher Geschichtsregionen verstanden, deren historische Prägungen weit in die Vergangenheit zurückreichen.⁵ Die konkrete Bedeutung von Diktaturerfahrungen und Vergangenheitsbewältigung für die Demokratisierung postdiktatorischer Gesellschaften ist immer wieder Gegenstand von Einzelfallstudien, wird aber nur selten vergleichend in den Blick genommen.⁶

Die populistische Herausforderung in Europa stellt die Frage nach dem Zusammenhang von gesellschaftlicher Auseinandersetzung mit Diktaturerfahrungen

3 WOLFGANG MERKEL: Gegen alle Theorie? Die Konsolidierung der Demokratie in Ostmitteleuropa. In: *Politische Vierteljahresschrift* 48 (2007), S. 413–433, hier 428–430.

4 JUAN J. LINZ/ALFRED STEPAN: Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe. Baltimore/London 1996, S. 38–54.

5 Siehe CARSTEN GOEHRKE: Transformationschancen und historisches Erbe. Versuch einer vergleichenden Erklärung auf dem Hintergrund europäischer Geschichtslandschaften. In: DERS./SERAINA GILLY (Hrsg.): Transformation und historisches Erbe in den Staaten des europäischen Ostens. Frankfurt a. M. 2000, S. 653–741.

6 Siehe z. B. ALFONS KENKMANN/HASKO ZIMMER (Hrsg.): Nach Kriegen und Diktaturen. Umgang mit Vergangenheit als internationales Problem – Bilanzen und Perspektiven für das 21. Jahrhundert. Essen 2005; BERND FAULENBACH/FRANZ-JOSEF JELICH (Hrsg.): »Transformationen« der Erinnerungskulturen in Europa nach 1989. Essen 2006; HELMUT ALTRICHTER (Hrsg.): GegenErinnerung. Geschichte als politisches Argument im Transformationsprozeß Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas. München 2006; THOMAS GROSSBÖLTING/DIRK HOFMANN (Hrsg.): Vergangenheit in der Gegenwart. Vom Umgang mit Diktaturerfahrungen in Ost- und Westeuropa. Göttingen 2008; REGINA FRITZ/CAROLA SACHSE/EDGAR WOLFRUM (Hrsg.): Nationen und ihre Selbstbilder. Postdiktatorische Gesellschaften in Europa. Göttingen 2008; KATRIN HAMMERSTEIN u. a. (Hrsg.): Aufarbeitung der Diktatur – Diktatur der Aufarbeitung? Normierungsprozesse beim Umgang mit diktatorischer Vergangenheit. Göttingen 2009; STEFAN TROEBST (Hrsg.): Postdiktatorische Geschichtskulturen im Süden und Osten Europas. Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven. Göttingen 2010.

und autoritären Gesellschaftsvorstellungen neu. Der Thüringen-Monitor, eine sozialwissenschaftliche Langzeitstudie zu politischen Einstellungen der Thüringer, diagnostizierte 2015 eine wachsende »Diktaturverharmlosung«. Nahezu zwei Drittel der in Thüringen lebenden Menschen haben demnach eine »positive Einstellung« zur DDR. Das sind zehn Prozentpunkte mehr als bei einer Befragung im Jahr 2005. Zwar wird das politische System der SED-Diktatur mehrheitlich als »Unrechtsstaat« abgelehnt, der vermeintliche »gesellschaftliche Zusammenhalt« wird jedoch positiv erinnert. Gleichzeitig gibt es einen Zusammenhang zwischen einer Apologie der SED-Diktatur und antidemokratischen Einstellungen: Diejenigen, die ein positives Bild von der DDR haben, vertreten überproportional autoritäre und auch rechtsextreme Einstellungen. Die Autoren des Thüringen-Monitors erklären diesen empirischen Befund mit einer über das Ende der DDR hinaus perpetuierten Gemeinschaftsvorstellung, die den Zusammenhalt im Inneren betont und nach außen stark exkludierend ist.⁷

Der Zusammenhang von Diktaturverharmlosung und antipluralistischem Denken ist evident. In welcher Weise besteht jedoch ein Zusammenhang mit populistischen Vorstellungen? Populismus wird hier als antipluralistisches Verständnis vom Kollektivsubjekt *Volk* verstanden, das mit einem moralischen Alleinvertretungsanspruch einhergeht.⁸ Populisten sehen sich als einzig legitime Repräsentanten des Volkes, dem ein einheitlicher politischer Willen unterstellt wird. Diese Auffassung eines unteilbaren Volkswillens ist das Gegenkonzept zur demokratischen Vorstellung von Gesellschaft, die sich durch divergierende Einstellungen und Interessen konstituiert, die es auf friedliche Weise auszugleichen gilt. In der Vorstellung eines einheitlichen Volkswillens treffen sich hingegen Populisten und die Diktaturen des 20. Jahrhunderts, von den völkischen Bewegungen bis hin zu den stalinistischen Volksdemokratien. Bei allen fundamentalen Unterschieden in den Vorstellungen vom *Volk* und von dessen Willen sind den politischen Entwürfen von Rechts- und Linkspopulisten zwei Wesenszüge gemein: eine antipluralistische Einstellung und die Legitimation ihres politischen Handelns durch einen angeblichen »Volkswillen«.

Der Aufstieg des Populismus erklärt sich nicht nur aus der Persistenz und Neuformatierung antipluralistischer Einstellungen, er steht auch in einem Zusammenhang mit Diktaturerfahrungen und deren Aufarbeitung. Diktaturen haben

7 HEINRICH BEST U. A.: Politische Kultur im Freistaat Thüringen: Thüringen im 25. Jahr der deutschen Einheit. Jena 2015 (Thüringen Monitor 2015). Abgerufen unter URL: https://www.thueringen.de/mam/th1/tsk/thueringen-monitor_2015/thuringen-monitor_2015.pdf, letzter Zugriff: 22.03.2018.

8 JAN-WERNER MÜLLER: Was ist Populismus? Ein Essay. Frankfurt a. M. 2016, S. 25–27.

stets eine soziale Basis. Der Großteil der Bevölkerung teilt politische Vorstellungen und Ziele der Herrschenden oder passt sich an die Gegebenheiten an, um unbeschadet durchs Leben zu kommen. Nach dem Ende von Diktaturen treten aber vornehmlich die Opfer und Gegner der Diktatur für eine Aufarbeitung der Vergangenheit ein und bestimmen zunächst den gesellschaftlichen Diskurs. Für die Mehrheit der Bevölkerung ist die Konfrontation mit dem eigenen Handeln schmerzhaft und beschämend. Es gibt in postdiktatorischen Gesellschaften deshalb die Tendenz zum Schweigen über die Vergangenheit. Populisten bieten einen Ausweg aus der schambehafteten Amnesie. Sie formulieren Diktaturkritik nicht als selbstkritische Selbstvergewisserung, sondern vereinnahmen >das Volk< und erklären es pauschal zum Opfer. Diese Viktimisierung ist gleichbedeutend mit einer Exkulpation der gesamten Gesellschaft, und genau darin besteht die Attraktivität derartiger Geschichtsbilder.

2. Diktaturerfahrung, Diktaturüberwindung und Diktaturerinnerung im Vergleich

Der vorliegende Band wirft eine doppelt vergleichende Perspektive auf die südeuropäischen Diktaturen. Zum einen werden Spanien, Portugal und Griechenland hinsichtlich ihrer Diktaturerfahrung, der Diktaturüberwindung und der Auseinandersetzung mit der diktatorischen Vergangenheit miteinander verglichen. Zum anderen betrachten der Eingangsbeitrag von Adam Krzemiński und die abschließende Podiumsdiskussion die südeuropäischen Diktaturen aus einer ostmitteleuropäischen Perspektive und streben damit einen gesamteuropäischen Vergleich an.

Ein Vergleich zwischen Spanien, Portugal und Griechenland fördert vor allem Unterschiede zu Tage. Es kann also weder von einer gemeinsamen südeuropäischen Diktaturerfahrung noch von einer südeuropäischen historischen Pfadabhängigkeit des Transformationsprozesses gesprochen werden. Die Franco-Diktatur ist aus dem Spanischen Bürgerkrieg hervorgegangen, und dieser blieb der zentrale Bezugspunkt des Regimes, dessen soziale Basis aus heterogenen Gruppen bestand: Nationalkatholiken, Faschisten, Monarchisten, Militärs und Staatsdienern. Franco wurde als ein politischer Führer inszeniert, der den Volkswillen vertrat.⁹ Ein ganz anderes Herrschaftsverständnis hatte Salazar. Er sah sich nicht als Repräsentant des Volkes, sondern als Technokrat, der die Probleme des Landes löste. Seine

9 Siehe den Beitrag von Carlos Collado-Seidel in diesem Band. Siehe außerdem DERS.: Franco. General – Diktator – Mythos. Stuttgart 2015.

Diktatur ruhte auf der Unterstützung der Großgrundbesitzer, der ländlichen Mittelschicht sowie der Unternehmer und wurde von der Kirche und dem Militär nur partiell getragen. Während die Franco-Diktatur als nationalkatholisch charakterisiert wird, lässt sich das Salazar-Regime als nationalkolonial beschreiben.¹⁰ Eine sehr viel schmalere Machtbasis hatte das Obristenregime in Griechenland. Dies hängt nicht zuletzt mit der unterschiedlichen Dauer der drei Diktaturen zusammen. Franco herrschte knapp 40 Jahre, von 1936 bis zu seinem Tod 1975, der *Estado Novo* existierte in Portugal sogar noch ein wenig länger, von 1933 bis 1974. Im Vergleich dazu war das Obristenregime ausgesprochen kurzlebig, die Militär-Junta war nur von 1967 bis 1974 an der Macht. Seine Wurzeln reichen allerdings tiefer. Im Staatsstreich vom 21. April 1967 kulminierte der Antagonismus zweier politischer Lager, die im Bürgerkrieg von 1944 bis 1949 gegeneinander gekämpft hatten. Nationalisten, Monarchisten und Antikommunisten setzten darauf, dass die Junta den gesellschaftlichen Liberalisierungstendenzen der 1960er Jahre Einhalt gebieten würde.¹¹ Gemeinsam ist allen drei Regimen somit, dass sie von einem Bündnis alter Eliten getragen wurden. Während in Spanien und Griechenland der Bürgerkrieg tiefe Gräben in der Gesellschaft hinterlassen hatte, die in der Diktatur fortbestanden, gilt die Herrschaft Salazars als Stabilisierung, die sich sowohl von der ersten Republik als auch der anschließenden Militärdiktatur abhob. Salazar begriff sich demzufolge als Herrscher, der über den Parteien stand, Franco und die Obristen inszenierten ihre Herrschaft als Ausdruck eines Volkswillens, um eine nationale Einheit zu suggerieren, die nicht bestand.

Auch das Ende der Diktaturen verlief in Spanien, Portugal und Griechenland auf ganz unterschiedliche Art und Weise. In Spanien war die Überwindung der Diktatur eng mit dem Tod Francos und der Demokratisierung durch den jungen König Juan Carlos verbunden. Die Systemtransformation zeichnete sich durch hohe Elitenkontinuität aus. Ein politischer Schweigekonsens ermöglichte die *transición* und war zugleich eine große Bürde für die Demokratisierung Spaniens, denn dessen Kern war der Verzicht auf eine strafrechtliche Aufarbeitung der Diktaturverbrechen durch eine Amnestie. So war die Demokratisierung ein Projekt, das nicht in die Vergangenheit, sondern in die Zukunft blickte. Europa wurde gerade deshalb ein wichtiger Fluchtpunkt der Systemtransformation: Schon 1979 wurde der Beitritt zur EG eingeleitet, der dann 1986 auch erfolgte.¹²

10 Siehe den Beitrag von Christiane Abele in diesem Band.

11 Siehe die Beiträge von Janis Nalbadidacis und Adamantios Theodor Skordos in diesem Band.

12 Siehe den Beitrag von Ulrike Capdepón in diesem Band; siehe außerdem BIRGIT ASCHMANN: Spanien in der *transición*. Von der Franco-Diktatur zur Demokratie. In: *Mittelweg* 36 (2016) 3, S. 29–58.

In Portugal läutete die Nelkenrevolution den politischen Umbruch ein. Am Anfang stand ein Staatsstreich von Teilen des Militärs, der sich in einen Aufstand verwandelte. Die Revolution wurde kurz nach ihrem Beginn wieder eingehegt und eine Demokratisierung des Landes begonnen. Anders als in Spanien wurde mit der Diktatur gebrochen. Einer zweijährigen Lustration folgte ein weitgehender Elitenaustausch im zentralen Regierungs- und Verwaltungsapparat, auf lokaler Ebene fand eine ›wilde Säuberung‹ der Wirtschaft und Verwaltung statt. Die Nelkenrevolution wurde Bestandteil der nationalen Identität Portugals. Die portugiesische Demokratie legitimierte sich fortan durch die Beendigung der Diktatur sowie das gleichzeitige Verhindern eines neuen, kommunistischen Regimes. Die Nelkenrevolution war aber nicht nur das Ende einer fast 50-jährigen Diktatur, sondern im Zuge einer forcierten Dekolonisierung durch die neue Regierung auch das Ende eines 500 Jahre alten Kolonialreiches. Die Öffnung nach Europa und der Beitritt in die EG waren für die junge Demokratie wichtige Perspektiven, die als Kompensation für den Verlust der Kolonien wirkten.¹³

In Griechenland läutete eine Krise das Ende der Diktatur ein. Das Obristenregime hatte sich innerhalb von knapp sieben Jahren innen- und außenpolitisch in eine solch ausweglose Situation manövriert, dass sie kapitulierte und die Macht an zivile Politiker zurückgab. Der konservative Regierungschef Konstantinos Karamanlis trieb eine konsequente Demokratisierung Griechenlands voran, die den Einfluss des Militärs auf die Politik zurückdrängte, die Angehörigen der Junta juristisch zur Verantwortung zog und auch den Weg für demokratische Machtwechsel bereitete, der 1981 mit dem Wahlsieg der Sozialdemokraten zum ersten Mal erfolgte.¹⁴

Hinsichtlich der Beendigung der drei Diktaturen könnten die Unterschiede also kaum größer sein: eine ausgehandelte Machtübergabe in Spanien, eine Revolution in Portugal und eine Kapitulation der Herrschenden in Griechenland. Die Art der Transformation hatte unmittelbare Auswirkungen auf die Auseinandersetzung mit der diktatorischen Vergangenheit in den postdiktatorischen Gesellschaften. In Spanien war eine umfassende Amnestie Bestandteil der Systemtransformation. Die alten Eliten billigten eine Demokratisierung um den Preis, keine strafrechtlichen Folgen fürchten zu müssen. Die neuen Eliten hielten sich an diese informelle Übereinkunft, um die Demokratisierung Spaniens vorantreiben zu können. Infolgedessen beschäftigten sich lange Zeit nur Historiker und Künstler mit der franquistischen Vergangenheit. Eine politische Debatte über die Vergangenheit fand zunächst nicht statt, und

13 Siehe den Beitrag von Antonio Muñoz Sanchez in diesem Band.

14 Siehe den Beitrag von Adamantios Theodor Skordos in diesem Band.

es wurden keine staatlichen Institutionen zur Auseinandersetzung mit der Diktatur oder zur Erinnerung an ihre Opfer gegründet. Zu Beginn des neuen Jahrtausends brach dieser politische Schweigekonsens auf, als die Enkelgeneration der Bürgerkriegsopfer anfangs, nach dem Schicksal ihrer Vorfahren zu fragen. Zivilgesellschaftliche und transnationale Akteure, die bei der Aufarbeitung von Diktaturverbrechen in Südamerika einschlägige Erfahrungen gesammelt hatten, stießen dreißig Jahre nach dem Ende der Franco-Diktatur eine breite gesellschaftliche Debatte an, die bis heute anhält, wenn sie auch durch die aktuelle Wirtschaftskrise in den Hintergrund gerückt ist.¹⁵ Die unterbliebene Auseinandersetzung mit dem Bürgerkrieg und der Franco-Diktatur wird heute verstärkt als Ausdruck eines Demokratiedefizits gedeutet, dessen Ausläufer auch in der aktuellen Katalonienkrise zu Tage treten.¹⁶

In Portugal folgte nach dem Elitentausch auch eine erinnerungskulturelle Abrechnung mit der Salazar-Diktatur: Denkmäler wurden gestürzt, Straßen und Plätze umbenannt. Die Erinnerung an die Erste Republik (1910–1926) und an die Nelkenrevolution (1974) trat an die Stelle der symbolischen Repräsentationen des Salazar-Regimes und überlagerte das Gedächtnis an die Diktatur. Orte zum Gedenken an die Opfer und zur Erinnerung an die Verbrechen des Regimes wurden allerdings keine eingerichtet. Die Beseitigung der symbolischen Überreste der Diktatur war eine Abrechnung mit dem Regime, aber keine selbstkritische Auseinandersetzung mit 50 Jahren Diktaturerfahrung. Die Erinnerung an die Überwindung der Diktatur bewirkte eine Amnesie besonderer Art: Anders als in Spanien, wo das Schweigen einem informellen Übereinkommen von Trägern und Gegnern der Diktatur entsprang, waren es hier die Revolutionäre, deren Deckerinnerung an die Überwindung der Diktatur die Diktatur selbst in Vergessenheit geraten ließ.

15 Siehe insbesondere den Fall von Baltasar Garzón im Beitrag von Xosé M. Núñez Seixas in diesem Band und bei ULRIKE CAPDEPÓN: Von Nürnberg nach Madrid? Transnationale Vergangenheitspolitik und universelle Gerichtsbarkeit – Zur juristischen Auseinandersetzung mit der Franco-Diktatur. In: JÖRG GANZENMÜLLER (Hrsg.): Recht und Gerechtigkeit. Die strafrechtliche Aufarbeitung von Diktaturen in Europa (Europäische Diktaturen und ihre Überwindung, 23). Köln/Weimar/Wien 2017, S. 231–251, hier S. 239–243.

16 Siehe den Beitrag von Xosé M. Núñez Seixas in diesem Band; siehe dazu außerdem DERS.: Die Diktatur vergessen, um die Nation zu retten. Das historische Gedächtnis und der »neopatriotische« Diskurs in Spanien. In: *Comparativ* 14 (2004), S. 5–6, S. 56–75; DERS./ANDREAS STUCKI: Neueste Entwicklungen und Tendenzen der postdiktatorischen Geschichtskultur in Spanien. In: STEFAN TROEBST (Hrsg.): Postdiktatorische Geschichtskulturen im Süden und Osten Europas. Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven. Göttingen 2010, S. 205–223; ULRIKE CAPDEPÓN: Vom Fall Pinochet zu den Verschwundenen des Spanischen Bürgerkrieges. Die Auseinandersetzung mit Diktatur und Menschenrechtsverletzungen in Spanien und Chile. Bielefeld 2015.

In den 1990er Jahren durchbrachen gesellschaftliche Akteure das Schweigen. Die Nachgeborenen begannen im Zuge der Öffnung der Akten des Geheimdienstes (PIDE) damit, sich mit der Repressionsgeschichte der Diktatur auseinanderzusetzen. Die Salazar-Diktatur wurde Gegenstand einer gesellschaftlichen Debatte, die mitunter auch bunte Blüten trieb und Formen der nostalgischen Verharmlosung hervorbrachte. So zeigt der portugiesische Versuch, jegliche Erinnerung an eine überwunden geglaubte Diktatur zu tilgen, dass exkulpierte Geschichtsbilder dennoch an die nachfolgenden Generationen weitervermittelt werden.¹⁷

In Griechenland wurde die Führungsspitze der griechischen Junta schnell vor Gericht gestellt und verurteilt, eine tiefergehende Auseinandersetzung über die Bedingungen und den gesellschaftlichen Rückhalt der Militärdiktatur blieb jedoch aus.¹⁸ Interviews mit ehemaligen Inhaftierten zeigen, dass diese sich gesellschaftlich ausgegrenzt fühlten und im Grunde bis heute mit ihren Erinnerungen allein gelassen werden. Ähnlich wie in Portugal stellt die Erinnerungsfigur eines geeinten, unterdrückten Volkes eine Deckerinnerung dar, welche eine selbstkritische Sicht auf individuelle und kollektive Verhaltensweisen in der Diktatur vielfach unterbindet.¹⁹

3. Südeuropa in ostmitteleuropäischer Perspektive

Ostmittel- und Südosteuropa sind Regionen, die eine gewisse Skepsis gegenüber einem europäischen Zentralismus teilen. Gleichzeitig verbindet sie, dass die Aufarbeitung der eigenen Diktaturgeschichte als Voraussetzung für die Demokratisierung und die Zugehörigkeit zu Europa gesehen wird.²⁰ Vor diesem Hintergrund

17 Siehe den Beitrag von Teresa Pinheiro in diesem Band; siehe außerdem DIES.: Facetten der Erinnerungskultur. Portugals Umgang mit dem Estado Novo. In: *Neue Politische Literatur* 55 (2010), S. 7–22; MANUEL LOFF: Coming to Terms with the Dictatorial Past in Portugal after 1974. Silence, Remembrance and Ambiguity. In: STEFAN TROEBST (Hrsg.): Postdiktatorische Geschichtskulturen (wie Anm. 6), S. 55–121.

18 Siehe ADAMANTIOS THEODOR SKORDOS: Die Juntadiktatur der Jahre 1967–1974 in der Vergangenheitspolitik Griechenlands. In: GANZENMÜLLER (Hrsg.): Recht und Gerechtigkeit (wie Anm. 15), S. 253–272.

19 Siehe den Beitrag von Janis Nalbadidacis in diesem Band.

20 STEFAN TROEBST: Für einen europäischen Süd-Ost-Diktatur(erinnerungs)vergleich. In: VOLKHARD KNIGGE u. a. (Hrsg.): Arbeit am europäischen Gedächtnis. Diktaturerfahrung und Demokratieentwicklung. Köln/Weimar/Wien 2011, S. 169–172. – Für Polen und Spanien siehe CLAUDIA KRAFT: »Europäische Peripherie« – »Europäische Identität«. Über

und angesichts des Erstarkens populistischer und europakritischer Parteien in beiden Regionen lohnt sich eine vergleichende Zusammenschau struktureller und aktueller Entwicklungen in den jeweiligen nationalen Geschichtskulturen.

Ein Blick auf die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Staatssozialismus in Polen und Ungarn zeigt, dass die dortigen nationalistischen und populistischen Geschichtskulturen drei Wesensmerkmale verbinden. Erstens haben die postsozialistischen Gesellschaften kein negatives Gedächtnis ausgebildet. >Negatives Gedächtnis< kann zunächst zweierlei bedeuten: Nach Reinhart Koselleck bezeichnet der Begriff entweder das Negative im Gedächtnis, also seinen abstoßenden und verachtenswerten Inhalt, oder den Umstand, dass das Gedächtnis sich der Erinnerung sperrt und sich weigert, das zu Erinnernde überhaupt zur Kenntnis zu nehmen.²¹ Volkhard Knigge hat die Koselleck'sche Begrifflichkeit weiterentwickelt. Knigge bezeichnet die selbstkritische Auseinandersetzung einer Gesellschaft mit einer Vergangenheit, in der diese Gesellschaft Verbrechen an anderen oder an Teilen der eigenen Bevölkerung verübt hat, als >negative Erinnerung<. Anders als in Opfergemeinschaften wird nicht nur *erlittenes* Unrecht, sondern *begangenes*, nicht allein erfahrenes, sondern auch anderen zugefügtes Leid anerkannt und erinnert. Schuld und Verantwortung werden nicht verleugnet, abgeschoben oder überdeckt, sondern zu Anlässen kritischer gesellschaftlicher Selbstreflexion und Selbstvergewisserung. Die >negative Erinnerung< zielt somit stets auf den Aufbau und die Stabilisierung einer demokratischen Gesellschaftsordnung durch eine Auseinandersetzung mit Verbrechen der Vergangenheit.²²

Auch die postdiktatorischen Gesellschaften Spaniens, Portugals und Griechenlands haben aus dem Systembruch heraus kein negatives Gedächtnis ausgebildet, wenn auch aus ganz unterschiedlichen Gründen. In Spanien war das Vergessen ein Bestandteil des informellen Gesellschaftsvertrags der Systemtransformation, in Portugal überdeckte die Erinnerung an das Gemeinschaftserlebnis der Nelkenrevolution eine selbstkritische Sicht auf die Diktaturerfahrung und in Griechenland stand die sinnstiftende Erinnerung einer Opfergemeinschaft der Ausbildung eines negativen Gedächtnisses im Wege. Allerdings sind in allen

den Umgang mit der Vergangenheit im zusammenwachsenden Europa am Beispiel Polens und Spaniens. In: *Jahrbuch für Europäische Geschichte* 4 (2003), S. 11–37.

- 21 REINHART KOSELLECK: Formen und Traditionen des negativen Gedächtnisses. In: VOLKHARD KNIGGE/NORBERT FREI (Hrsg.): *Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord*. Bonn 2005, S. 21–32, hier S. 21.
- 22 VOLKHARD KNIGGE: *Gesellschaftsverbrechen erinnern. Zur Entstehung und Entwicklung des Konzepts seit 1945*. In: DERS./ULRICH MÄHLERT (Hrsg.): *Der Kommunismus im Museum. Formen der Auseinandersetzung in Deutschland und Ostmitteleuropa (Europäische Diktaturen und ihre Überwindung, 6)*. Köln/Weimar/Wien 2005, S. 19–30, hier S. 23.

drei Ländern in jüngster Zeit diese Formen des Vergessens brüchig geworden, da eine junge Generation nicht mehr bereit ist, diese mitzutragen. Spanien, Portugal und Griechenland sind somit auf dem Weg zu einem negativen Gedächtnis, auch wenn dieser Weg nicht frei von Hindernissen sein wird. Die Bereitschaft der jungen Generation, die von der Wirtschaftskrise besonders stark betroffen ist, zu einem selbstkritischen Blick auf die diktatorische Vergangenheit des Landes mag dazu beitragen, dass rechtspopulistische Geschichtsnarrative in Spanien, Portugal und – mit Abstrichen – auch in Griechenland weniger verfangen als in Polen, Ungarn und anderen postsozialistischen Gesellschaften des östlichen Europas.

Das zweite Kennzeichen einer geschichtskulturellen Wende in Polen und Ungarn ist die Umwertung des Systembruchs 1989/90. Die ausgehandelte Systemtransformation wird von den Rechtspopulisten in beiden Ländern als unvollendeter Bruch mit dem Staatssozialismus bewertet. Insbesondere die »PiS« stigmatisiert die Arbeit des Runden Tisches als ein Arrangement mit den Machthabern, im Zuge dessen die alten Eliten weitestgehend ihren Einfluss behielten. Eine bewusste Uminterpretation von Tadeusz Mazowieckis damaliger Formulierung vom »dicken Strich« suggeriert zudem, dass die neue Regierung einen Schlusstrich unter die Vergangenheit gezogen und die Verbrechen des Regimes nicht aufgearbeitet habe.²³ Diese Delegitimierung der Transformation gipfelte in der Forderung Jarosław Kaczyńskis, dass die Gründung einer »vierten Republik« notwendig sei, um den Einfluss der alten Kader zu brechen.

Hier finden sich Gemeinsamkeiten mit populistischen Forderungen in Spanien. Auch »Podemos« tritt für die Neugründung der spanischen Demokratie ein, um die Reste des Franquismus zu beseitigen. Eine ausgehandelte Systemtransformation zwischen alten und neuen Eliten leistet offenbar der populistischen Behauptung Vorschub, es habe gar kein Systembruch stattgefunden, sondern die Macht sei unter den Eliten nur neu aufgeteilt worden. Das Gegenbeispiel ist in Portugal zu beobachten. Die Nelkenrevolution als Ereignis und geschichtskultureller Bezugspunkt gibt Narrativen von einer Elitentransformation ohne Beteiligung des Volkes erst gar keinen Raum. Zwar deuten konservative Interpretationen die Nelkenrevolution weniger als Ende der Diktatur Salazars, sondern vor allem als eine Revolution, die in Portugal ein kommunistisches Regime habe etablieren wollen. Das portugiesische Volk habe dies jedoch verhindert und damit die

23 Siehe CLAUDIA KRAFT: Pacto de silencio und gruba kreska. Vom Umgang mit Vergangenheit in Transformationsprozessen. In: HAMMERSTEIN u. a. (Hrsg.): Aufarbeitung der Diktatur (wie Anm. 6), S. 97–107; JOACHIM VON PUTTKAMER: Der Mythos vom »dicken Strich«. Der 24. August 1989 und der Anfang vom Ende der Staatssicherheit. In: *Historie. Jahrbuch des Zentrums für Historische Forschung* Berlin 7 (2013/14), S. 34–66.

Revolutionen von 1989/90 in Ostmitteleuropa vorweggenommen.²⁴ Die Stabilisierung einer revolutionären Situation durch das Aushandeln eines geordneten Regimewechsels trägt somit offenbar den geschichtskulturellen Keim einer populistischen Delegitimierung bereits in sich.

Das dritte Merkmal rechtspopulistischer Vergangenheitsdeutung ist die Einbettung der Diktatur in ein identitätsstiftendes nationales Geschichtsnarrativ. Nationalstaatlich organisierte Gesellschaften bilden nach wie vor den entscheidenden Rahmen, in dem geschichtskulturelle Debatten geführt und geschichtspolitische Initiativen ergriffen werden.²⁵ Nationen werden als historische Akteure betrachtet, die Opfer von Gewalt und Krieg wurden und daraus die Abwehr jeglicher ›Fremdherrschaft‹ als nationale Aufgabe ableiten. Im Zuge einer Viktimisierung, welche die Heroisierung als Modus des Erzählens abgelöst hat, wird Identifikation mit den eigenen nationalen Opfern eingefordert.²⁶ Eine selbstkritische Auseinandersetzung mit den Gesellschaftsverbrechen in Diktaturen und die Ausbildung eines negativen Gedächtnisses ist in einem solchen Geschichtverständnis nicht möglich. Nationalistische Narrative stoßen im östlichen Europa gerade deshalb auf große Zustimmung, da sie gegen Fragen nach der eigenen Verantwortung immunisieren. In Spanien und Griechenland verfangen sie weniger leicht, da dort die Diktaturen aus Bürgerkriegen hervorgegangen sind. Die schmerzhafteste Erfahrung der Spaltung einer Gesellschaft lässt sich durch einen nationalen Opfermythos nicht verdecken. Anders in Katalonien: Dort ist es seit jeher Bestandteil einer nationalen Meistererzählung, ein Opfer spanischer Vorherrschaft zu sein. In Portugal wiederum ist der Fluchtpunkt der nationalen Meistererzählung die Nelkenrevolution, die ebenso wenig zum Opfermythos taugt. Damit fehlt in allen drei südeuropäischen Ländern die Voraussetzung für die Plausibilität nationalistischer Deutungen der Diktatur als Opfererfahrung oder Fremdherrschaft.

Insgesamt ist die Situation eher unübersichtlich und die Entwicklung der europäischen Geschichtskulturen offen. Ostmittel- und Südeuropa eint jedoch, dass die Auseinandersetzung um die jeweiligen Diktaturen und die Systemtransformation

24 Siehe MANUEL LOFF: 1989 im Kontext portugiesischer Kontroversen über die jüngste Vergangenheit. Die rechte Rhetorik der zwei Diktaturen. In: ETIENNE FRANÇOIS u. a. (Hrsg.): *Geschichtspolitik in Europa seit 1989. Deutschland, Frankreich und Polen im internationalen Vergleich*. Göttingen 2013, S. 396–426, hier S. 397–400.

25 ETIENNE FRANÇOIS: *Geschichtspolitik und Erinnerungskultur in Europa heute*. In: DERS. u. a. (Hrsg.): *Geschichtspolitik in Europa seit 1989* (wie Anm. 24), hier S. 542.

26 MARTIN SABROW: *Die posthistorische Gedächtnisgesellschaft. Bauformen des historischen Erzählens in der Gegenwart*. In: FRANÇOIS u. a. (Hrsg.): *Geschichtspolitik in Europa seit 1989* (wie Anm. 24), S. 311–322, hier S. 314 ff.

zu erheblichen Teilen in einer geschichtspolitischen Arena erfolgt. Hier geht es weniger um die Entwicklung eines kritischen Geschichtsbewusstseins als um das Erlangen von Deutungshegemonien, um den politischen Gegner zu diskreditieren und öffentliche Zustimmung zu generieren. Eine kritische Auseinandersetzung mit den Systemtransformationen in Ostmittel- und Südeuropa ist wichtig und notwendig. Dort allerdings, wo die Systemtransformation diskreditiert und delegitimiert wird, findet keine Aufarbeitung der Vergangenheit statt, sondern eine Auseinandersetzung um die Demokratie, deren Ausgang offen ist.

4. Europas vergessene Diktaturen?

Die Diktaturen in Spanien, Portugal und Griechenland stehen quer zu der optimistischen Meistererzählung einer fortschreitenden Demokratisierung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg. In der Geschichte einer fortschreitenden europäischen Integration rückt deshalb die Transformation von der Diktatur zur Demokratie in den Fokus. Die Diktaturen selbst, ihre Verankerung im westlichen Militärbündnis während des Kalten Krieges und – im Fall von Spanien und Portugal – ihre Langlebigkeit stoßen auf weit weniger Interesse.

In diesem Sinne ist auch die Formulierung ›vergessene Diktaturen‹ zu verstehen. Während in Ostmitteleuropa eine intensive Auseinandersetzung um die kommunistische Vergangenheit stattfindet, die starke Viktimisierungstendenzen aufweist, scheint in Südeuropa die jeweilige diktatorische Vergangenheit kaum Gegenstand gesellschaftlicher Diskussionen zu sein. Welche Auswirkungen hat dies auf die jeweiligen Gesellschaften? Gleichzeitig hat die erfolgreiche Integration von Spanien, Portugal und Griechenland dazu geführt, dass deren diktatorische Vergangenheit auch in Europa weithin in Vergessenheit geraten ist. Anders als in Deutschland, wo die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit ein zentraler Bestandteil der demokratischen Geschichtskultur und des nationalen Selbstverständnisses geworden ist, wird das heutige Spanien kaum mit der Franco-Diktatur, das heutige Portugal kaum mit dem *Estado Novo* und das heutige Griechenland kaum mit dem Obristenregime in Verbindung gebracht. Gerade die ostmitteleuropäische Perspektive auf Südeuropa führt zu der Frage, in welcher Weise nationale Selbstvergewisserungen auf diktatorische Vergangenheiten rekurrieren und inwieweit dies europaskeptische Vorstellungen bedingt.

Der vorliegende Band will einen Vergleich der Diktaturen in Spanien, Portugal und Griechenland in europäischer Perspektive anstoßen. Seine Beiträge zeigen, dass trotz gesellschaftlicher Amnesien und Deckerinnerungen die Diktaturen in

den drei Ländern selbst weit weniger vergessen sind als im übrigen Europa. Allerdings sind es vorwiegend gesellschaftliche Akteure, die heute Debatten anstoßen und eine kritische Auseinandersetzung mit der diktatorischen Vergangenheit ihrer Länder einfordern. Diese Initiativen weisen den Weg zu einem europäischen Gedächtnis: nicht im Sinne einer großen europäischen Meistererzählung, sondern im Streben um die Entwicklung eines demokratischen Geschichtsbewusstseins.

Am 14. Juni 2017 verstarb Prof. Dr. Dr. h. c. Hans-Peter Schwarz. Er war von 2002 bis 2013 Vorsitzender des Beirats bzw. des Stiftungsrats der Stiftung Ettersberg. Hans-Peter Schwarz hat sich in dieser frühen Phase sehr um die Stiftung verdient gemacht. Er setzte sich für ihre Eigenständigkeit und politische Unabhängigkeit ein und erinnerte stets daran, dass sich die Stiftung an der wissenschaftlichen Qualität ihrer Arbeit messen lassen müsse. Dieser Band ist ihm für seine vielfältige Unterstützung und sein nachhaltiges Engagement in Dankbarkeit gewidmet.